

-Es gilt das gesprochene Wort-

Kollegen und Kolleginnen,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Die Haushaltsdebatte –

Alle Jahre wieder -

Ja, alle Jahre wieder erleben wir hier im Hause kurz vor Weihnachten dasselbe Schauspiel.

Vor einigen Wochen stellte der zuständige Finanzminister den Haushalt vor.

Das war der erste Akt.

Herr Paasch sprach von Krisen und Kriegen, schürte Ängste und versuchte am Beispiel der Wallonischen Region zu erklären, dass die DG die Finanzkrise bis dato recht gut überwunden habe, und dass hier zu Lande die Auswirkungen für den Bürger nicht so schlimm ausfallen werden.

Seine Rede glich eher einer psychologischen Ablenkung gepaart mit einer Art Ausruf: „Durchhalten bis 2019“ –, als einer sachlichen ökonomischen Zusammenfassung der misslichen Lage, in welche uns die Regierungszeit Lambertz hingeführt hat.

Nun, dies sind übliche Spielchen der klassischen Politik, und bekannte Instrumente der Regierung, um die Bürger an der Nase herum zu führen.

Denn nur aufgrund einer äußerst niedrigen Zinsphase ist noch kein weiteres Krisendekret verfasst worden.

Die Lage ist besorgniserregend.

Am Silvester Tag vor einem Jahr war der Kontostand der DG 66 Millionen Euro im Minus.

Letzte Woche stand auf dem Kontoauszug 77 Millionen Euro minus.

Ein günstiger Kassenkredit und verschiedene alternative Finanzierungen verbergen die finanzpolitische Katastrophe, welche uns die vergangenen Regierungen hinterließen.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Die Bauwut und eine haltlose Ausgabenpolitik der letzten Jahre haben tiefe Furchen hinterlassen und manche Narben werden über Jahrzehnte sichtbare Schandflecken im Haushalt der DG bleiben.

Aber wie man am Haushalt 2015 erkennt, scheint bei den Verantwortlichen keine Einsicht einzukehren.

So werden die Personalausgaben in der Regierung, im Ministerium und im Parlament noch weiter erhöht. Und anstatt ein Zeichen zu setzen, wurden die Gelder für die Abgeordneten und für die Fraktionen angehoben.

Finanzpolitisch ist Herr Paasch auf genau der gleichen Welle wie sein Vorgänger.

Es werden weiter Schulden angehäuft anstatt sie abzubauen. Aber wer diese Schulden einmal abbezahlen soll, scheint niemanden in der Gospertstraße zu interessieren. Und darin sind sich leider alle Regierenden gleich.

Meine Damen und Herren,

die klassische Politik bedient sich seit jeher verschiedenster Hilfsmittel, um von Wesentlichen abzulenken.

Herr Paasch macht dies etwas anders als sein Vorgänger, sein Redenschreiber hat einen anderen Stil, aber dahinter steht die gleiche Haltung.

Der zweite Akt in der Haushaltsvorstellung sind die Diskussionen in den Ausschüssen.

Mitarbeiter vom Ministerium stellen die verschiedenen Organisationsbereiche vor. Die Parlamentarier stellen Fragen, das Ganze tiefgründig zu durchleuchten ist jedoch schwierig.

-Es gilt das gesprochene Wort-

In dieser Angelegenheit versteht die Regierung ihr Handwerk.
Gekonnt etwas zu verstecken und zu verheimlichen.

Und regierungstreue Beamte helfen dabei.

So fragte ich im Ausschuss I nach, ob es nicht möglich sei, der Opposition in die einzelnen Konten Einsicht zu geben.

Denn man muss wissen, die Parlamentarier erhalten zwar einen dicken Ordner, aber das Wesentliche steht natürlich nicht darin.
Sie kennen ja den passenden Vergleich mit dem Bikini.

Nehmen wir zum Beispiel den Posten: Allgemeine laufende Ausgaben.
Teilweise verstecken sich darin sehr hohe Summen.

Für das Ministerium ist dies ein einzelnes Programm, mit verschiedenen Unterteilungen, worin man aber wiederum nochmals den Posten „allgemeine laufende Ausgaben“ findet, und hier stand für das Jahr 2013 ein Summe von 1,3 Millionen Euro und 2015 werden wir schon bei 1,5 Millionen Euro sein. Aber auch in allen anderen Unterteilungen des Ministeriums ist dieser Einzelposten zusätzlich zu finden.

Dieser Posten, in Fachkreisen 12.11 genannt, zieht sich durch den ganzen Haushalt.

Alleine für die Regierung und das Ministerium ergibt sich hierbei eine Summe von etwa 5 Millionen Euro für das Jahr 2015.

Ich fragte im Ausschuss nach ob man Einsicht haben könnte in die einzelnen Konten, ja Belege.

So würde dies unsere Arbeit erleichtern und auch die der Mitarbeiter des Ministeriums.

Der Generalsekretär des Ministeriums erklärte ziemlich genervt, dass dies nicht üblich und nicht möglich sei, sowieso sei man nicht dazu gewillt.

Und dann erklärte er mir auch noch in einem oberlehrerhaften Ton die Rechte des Parlamentariers.

Ich musste ihn dann darauf aufmerksam machen, dass die Frage gar nicht an ihn gerichtet sei, sondern an den Minister.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Und dieser wiederholte in etwa die Aussagen des Beamten.

Dabei handelt es sich, alleine für das Ministerium und für die Regierung um fast 20 % der Gesamtkosten, wenn man die Ausgaben für die lokalen Behörden außen vorlässt.

5 Millionen Euro alleine für Regierung und Ministerium für allgemeine Kosten, wahrscheinlich eher Unkosten.

Und kein Parlamentarier erhält Einsicht.

Da kann man schon ne Menge drin verstecken.

An diesem Beispiel möchte ich verdeutlichen, dass die Regierung gar nicht gewillt ist Transparenz und Offenheit zu zeigen.

Meine Damen und Herren,

wir dürfen nie vergessen:

Bedeutsam ist nicht das, was Regierungsmitglieder uns sagen, bedeutsam ist das, was sie uns verschweigen.

Stellen wir uns also die Frage, was die ganzen Diskussionen bringen.

Tiefgehende Fragen werden von der Regierung gekonnt umgangen oder nicht beantwortet.

So hat in der vergangenen Legislaturperiode die Regierung mehrfach schriftliche Fragen nicht korrekt beantwortet. So z.B. die nach den Einzelkosten der Kabinette.

Und drei von vier sitzen ja immer noch da.

Ich hoffe, dass sich durch den neuen Parlamentspräsidenten da etwas ändert, und wenn Minister ihre Fragen nicht korrekt beantworten, dieser dann mal nachhakt.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt und die Haushaltsvorstellung sind an sich eine enorme Beschäftigungstherapie.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Am Donnerstag werden ohnehin 14 Abgeordnete Ja sagen, denn das ist ihre Aufgabe, und nicht den Haushalt kritisch zu durchleuchten, nein.

Doch, das wäre sie, aber das tun sie nicht.

Also der zweite Akt ist ruhiger als der erste, die Presse ist ja auch nicht anwesend, und er ist wieder wenig erhellend.

Nun, der dritte Akt.

Von einem echten Schlagabtausch kann man dann auch nicht sprechen.

Die Mehrheit lobt die Regierung in den höchsten Tönen, die Opposition versucht einiges ins rechte Licht zu stellen und etwas Seriosität in die Debatte zu bringen woraufhin die Mehrheit dies wieder zerredet.

Ein trauriges Szenario, im Vorfeld ist sowieso schon alles beschlossen.

Man könnte sich das ganze Brimborium sparen, und sich in einer Denkfabrik den wahren Problemen unserer Gemeinschaft stellen, aber das will man nicht.

So absurd es klingen mag, die klassische Politik braucht Probleme, damit sie eine Beschäftigung hat. Und viele dieser Probleme sind auch noch hausgemacht.

Wahrscheinlich sind wieder eine Heerschar von Mitarbeitern der Kabinette damit beschäftigt, die Reden der Opposition zu analysieren, und vielleicht wird der ein oder andere Rechenfehler gefunden, welcher uns dann am Donnerstag die Minister um die Ohren werfen werden und so tun, als ob die Opposition nicht rechnen könne.

Dabei verfügen wir alle über die gleichen Grundrechenarten und können auch damit umgehen.

Nur wendet die Regierung sie anders an.

-Es gilt das gesprochene Wort-

In den letzten 5 Jahren hat die Vivant Fraktion mehrmals anhand von klaren Fakten dargelegt, dass die Prognosen, auf welche der Haushalt der DG fußt, absurd sind.

2009 und 2010 ging man von einem permanenten Wirtschaftswachstum bis ins Jahr 2039 aus.

Sie erinnern sich –

Ich hatte anhand von Statistiken und Untersuchungen u.a. der Uni Heidelberg dargelegt, dass es solch ein permanentes Wachstum in keinem Industrieland in den letzten 150 Jahren gegeben hat.

Nachzulesen im Ausführlichen Bericht Nr. 17 vom 06-12-2010 -

Trotzdem fußte die Regierung ihre Haushalt darauf, und verplante dieses Geld, was sie dachte zu bekommen, und der damalige Finanzminister verteidigte noch seine Simulation.

Dabei haben wir Recht behalten.

Das Wachstum ist nicht so eingekehrt, wie es die Regierung sich erhoffte. Trotzdem hat die DG immer mit Mehreinnahmen rechnen können, aber diese haben nicht gereicht, und anstatt die Fehler bei sich selbst zu suchen, wurde die Krise als Schuldige gefunden.

Man hat in den folgenden Jahren viel vorsichtiger geplant zwar ging man immer noch von unrealistischen Zahlen aus, aber etwas zurückhaltender.

Unsere Kritik hatte also Gehör gefunden, anscheinend nicht nur in der Eifel sondern auch in der Gospertstraße.

Herr Paasch versuchte bei der Haushaltsvorstellung den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er direkt, und dies mehrfach, wiederholte und wahrscheinlich werden Mehrheitskollegen nochmals darauf eingehen, dass man von einem niedrigeren Wachstum ausgeht als das nationale Planbüro.

Auch wenn die DG verpflichtet ist, sich an diesen Zahlen zu orientieren, so zeigt doch die Vergangenheit und auch der logische Menschenverstand, dass solch ein kommendes Wirtschaftswachstum einfach nicht möglich ist.

Und dass die von nationalen Plan Büro gelieferten Zahlen,

-Es gilt das gesprochene Wort-

keinerlei Sicherheit geben, denn manche wurden nur einige Monate nach Veröffentlichung bereits korrigiert.

Die DG Regierung geht nun ab 2016 von einem permanentem Wachstum von 1,50 bis zum Jahre 2024 aus. Und ab dann von einem Wachstum von 1% bis 2029. Ab 2030 rechnet man mit einem Nullwachstum.

Man ist also weit aus vorsichtiger geworden, wobei die Zahlen so eingebaut sind, dass man mit dem Märchen von einem ausgeglichenem Haushalt für 2019 kommen kann, und auch sonst noch gut dasteht.

Das Nullwachstum ab 2030 fußt wahrscheinlich auf der Kritik der Opposition, man will sich der allgemeinen Diskussion um ein Nullwachstum nicht versperren.

Wie bemerkte es ein Oppositionskollege so schön, von allem etwas, diese ProDG.

Meine Damen und Herren,

wir wissen, dass alle Gliedstaaten Belgiens und auch der Föderalstaat hoch verschuldet sind.

Trotzdem will man uns immer Glauben machen, dass ein Wirtschaftswachstum uns aus diesem Dilemma führen wird.

Dieses Mantra wird von den meisten Vertretern der klassischen Politik immer wieder vorgesungen-obwohl längst belegt ist, dass dies ganz einfach Unsinn ist.

Als Beispiel:

Hier sehen Sie das Haushaltsdefizit oder der gesamtstaatliche Überschuss Belgiens von 2002 bis zum Jahre 2013.

GRAPHIK 1 -

Wie man erkennen kann, sind fast alle Zahlen rot, nur einmal schaffte man es in die grüne Zone 2006.

Ansonsten hat man es nie geschafft, Überschüsse zu erwirtschaften. Beziehungsweise mit dem auszukommen, was zur Verfügung stand.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Trotz Wachstum.

Denn von 2002 bis 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt an, im Durchschnitt um 2%.

GRAPHIK 2 -

Wie sie anhand dieser Graphik erkennen können, ist das Bruttoinlandsprodukt in absoluten Zahlen um mehr als 63 Prozent angestiegen.

Die Belgier waren also noch nie so effizient und fleißig wie heute.

Dies ist das Resultat der Bürger und nicht der Politik.

Man kann auch sagen, trotz der ganzen Vorschriften schaffen es die Bürger, immer noch mehr zu erwirtschaften.

Graphik 2 bis

Diese Graphik zeigt – das der Staat trotz ständig steigender Einnahmen nicht mit auskommt, was ihm zur Verfügung steht.

Nun, geht das nationale Planbüro und auch die DG Regierung von einem weit schwächerem Wachstum aus.

Nun, wenn damals es schon nicht geschafft wurde, die Haushalte im Ausgleich zu bringen, dann wird man es diesmal auch nicht schaffen.

Erstens sind die Schulden in dieser Zeit stark angestiegen.

Graphik 3 –

Wie sie auf dieser Graphik erkennen können in absoluten Zahlen um mehr als 110 Milliarden Euro.

Belgien liegt damit wieder ganz oben in Europa, ein weiterer Spitzenplatz.

Nur aufgrund einer Niedrigzinsphase sind die Auswirkungen dieser enormen Schuld noch nicht beim Bürger angekommen.

Aber die Auswirkungen treffen die Menschen jeden Tag.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Unsere Straßen gleichen Holperwegen, es fehlt das Geld für Rettungsfahrzeuge, morgen werde ich kurz darauf eingehen, und anstatt sich um eine vernünftige Finanzierung der Kranken- und Pflegeheime zu kümmern, werden Politikapparate wie die Provinzen und der Senat künstlich am Leben erhalten.

Meine Damen und Herren,

wenn man diese Zahlen sieht, und dann auch noch berücksichtigt, dass die wallonische Region und die DG hoch verschuldet sind.

Dann kann doch niemand behaupten die klassische Politik hätte ihre Arbeit gut gemacht.

Denn die Produktivität und die Steuerzahlungen sind kontinuierlich in den letzten Jahren angestiegen.

Der Staat hatte immer mehr zur Verfügung, aber er hat es vergeudet, und neue Schulden angehäuft.

Die DG Regierung schwimmt also im gleichen Boot mit den anderen Regierungen, und in diesem Boot wird nicht diskutiert wie man aus diesem Dilemma herauskommt, nein die klassische Politik beschäftigt sich nur mit sich selbst.

Erst jüngst konnte man dies in verschiedenen Ausschusssitzungen erfahren.

Wenn es um Übertragungen durch den Föderal Staat geht, dann wird gefordert und weiter gefordert und niemand fragt sich wo das Geld denn herkommen soll.

Es ist wie ein Kindergarten, sie spielen im Sandkasten und man streitet sich wer welches Förmchen bekommt.

Zwischendurch wird mal geheult, weil man sich nicht einig wird, oder zu wenig Sand für alle da ist.

Treffender kann man das Schauspiel der klassischen Politik nicht beschreiben.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Und die neue DG Regierung, wird weiterhin geleitet von einem irrsinnigen Gedanken an eine 4. Region.

Obwohl man jetzt noch nicht das bestehende geregelt bekommt, und obwohl wie in den jüngsten Umfragen dies nochmals bestätigt wurde, die Bürger keine weiteren Zuständigkeiten wollen, fordert und fordert man mehr.

Das einzige was diese Leute beherrschen, ist das Geld von anderen Leuten auszugeben.

Dabei ist dies keine Kunst, schon eher etwas zu erwirtschaften so wie es zahlreiche Bürger tun.

Unsere Regierung wird weiterhin nicht sparen, zumindest nicht bei sich selbst wie der Haushalt 2015 verdeutlicht.

Die Regierung gönnt sich schon mal für das Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2013 fast 420.000,- € mehr.

Das Ministerium erhält alleine in diesem Zeitraum fast 1,7 Millionen Euro mehr um neues Personal einzustellen.

Und für das Parlament ist eine Erhöhung gegenüber 2013 von 500.000,- EURO vorgesehen.

Und weil es sich hierbei um keine einmaligen Kosten handelt, sondern um Personalkosten, ergibt dies indexiert auf die gesamte Legislaturperiode eine Summe von fast 15 Millionen Euro. Nur an neuen Verwaltungskosten.

Und hier gilt auch nicht der Einwurf, ja die Staatsreform, erfordere mehr Arbeit.

Wir sollten schauen, wo wir in diesem riesigen Apparat DG Gelder und Ressourcen sparen können. Aber nein, man geht andere Wege.

Bei den Mehrkosten für das Parlament handelt es sich um die Mehrsummen für die Abgeordneten, für die Fraktionen und für neues Personal sowie für den Mitarbeiter des Senators.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Interessant ist, ich weiß nicht ob sie es letzte Woche gelesen haben.

So las man, dass man im Senat große Probleme hat für all das Personal Beschäftigung zu finden, weil der Senat ja bekanntlich noch nicht weiß was er macht.

So wurde versucht ein Großteil der Mitarbeiter in anderen Parlamenten unterzubringen.

Aber trotz der Neustrukturierung haben 273 Personen ihren festen Arbeitsplatz behalten, u.a. eine große Gruppe an Bediensteten die für die Dokumentation und den Kaffee sorgen.

Ein teures Kaffeekränzchen, das sich unsere Senatoren auf Kosten des Bürgers da gönnen.

Aber was macht denn dann der Mitarbeiter unseres Senators, wenn schon in Brüssel niemand so richtig weiß was er machen soll?

Übrigens die Summe für den Mitarbeiter des Senators erhält die DG nicht vom Föderalstaat zurück.

Wie schon erwähnt ist dies Teil des Pöstchenkarussells gewesen, der Präsident hat Anrecht auf einen bezahlten Mitarbeiter, dem man übrigens vor kurzem das Gehalt erhöht hat, und weil die Pöstchen getauscht werden, bekommt auch der Senator einen Referenten.

So behalten beide ihre Mitarbeiter. Und alle sind froh.

Traurig, und die Bürger dürfen zahlen und werden weiter zur Kasse gebeten.

Überall, in der Regierung, im Ministerium und hier im Parlament wird also neues Personal eingestellt.

Dabei ist die volkswirtschaftlich betrachtet kontraproduktiv und gefährlich.

Denn ein Grund für die missliche Lage, in welcher sich der Staat befindet, sind die enormen Bürokratiekosten in Belgien.

Belgien ist hier Europameister, und die Regierungen auch die DG, sind bemüht darin diesen Spitzenplatz zu halten.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Dabei sollte das Ziel sein, nach Möglichkeiten zu suchen die Verwaltung zu vereinfachen, zu verschlanken und die enormen Bürokratiekosten abzubauen, aber die DG Regierung geht da andere Wege.

Herr Paasch, sie sollten doch eigentlich wissen, dass es noch Menschen in der DG geben muss, die einer geregelten Arbeit in der Privatwirtschaft nachgehen, damit Steuergelder fließen.

Und ihr Verhalten passt auch nicht zu Ihren Äußerungen bei Banken oder bei Arbeitgebern, wo Sie gerne davon sprechen dass man die Lohnnebenkosten senken muss.

Auch hier wieder: ProDG, von allem etwas. Aber nichts Richtiges.

Und wie ihre Beschäftigungspolitik aussieht haben sie ja klar und deutlich als Arbeitsminister gesagt: „Wir treten zuerst einmal als Arbeitgeber auf.“

Und diesem Grundsatz bleiben sie treu.

Auch eine Möglichkeit, so wie dies jahrelang die PS in der Wallonie gemacht hat, die Arbeitslosenstatistiken zu verschönern.

Meine Damen und Herren,

auf dem Boot der klassischen Politik fehlt jemand.

Die Bürger. Die sind ja auch noch da, auch wenn kaum einer von ihnen spricht.

Meine Damen und Herren,

Hunderttausende zieht es auf die Straßen um gegen die aktuelle Föderalregierung zu demonstrieren.

Im Parlamentsausschuss konnten wir erfahren, dass Herr Lambertz nächste Woche nicht streiken würde, was zu allgemeinen Gelächter führte.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Nun, welchen Grund hätte er auch.

Er verfügt als Parlamentspräsident über ein hohes Gehalt und kann sich auf eine stattliche Rente freuen, auch wenn er morgen schon in Ruhestand gehen würde, denn Politiker haben bereits ab sechzig Jahren Anrecht auf Ihre Pension, dafür haben sie selbst ja schon gesorgt.

Hier ein weiterer Missstand, der öffentlich viel zu wenig diskutiert wird.

Von Arbeitern und Angestellten verlangt man, dass sie bis 67 arbeiten gehen sollen, obwohl dies nur eine versteckte Rentenkürzung darstellt, denn es gibt bekanntlich einfach nicht genügend bezahlbare Arbeitsplätze.

Aber Politiker haben bereits ab 60 Anrecht auf ihre Zusatzrente. Tolle Vorbilder, kann man da nur sagen. Auch hier könnte man Abhilfe schaffen in der DG, und landesweit eine Vorbildfunktion einnehmen.

Sicherlich würde dies zu einer positiven Meldung in der Inlandspresse führen. Und den Bekanntheitsgrad der DG sichtlich erweitern.

Meine Damen und Herren,

die Basis dieses Haushaltes sind die Finanzen, ist Geld.

Wir haben in den vergangenen Haushaltsdebatten immer wieder auf die Missstände in unserem Geld- und Finanzsystem hingewiesen.

Denn ein Hauptgrund für die finanziell bedenkliche Lage, in welcher sich der Staat befindet, ist dieses destruktive Geld- und Finanzsystem, dass nur wenige bevorteilt und welches nicht nur die Bürger, sondern auch den Staaten teuer zu stehen kommt.

Und hier sollte man ansetzen und sich grundsätzlich und ursächlich mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren,

eine Bekannte fragte mich gestern,

-Es gilt das gesprochene Wort-

Michael was bringt es wenn ihr Euch drei Tage streitet?

Tja, oberflächlich betrachtet nichts.

Denn die Abstimmung ist ja klar.

Aber tiefgründiger betrachtet, versuchen wir mit unserer Kritik mehr und mehr Bürgern die Augen zu öffnen damit sie mehr hinschauen, was alles hier schief läuft.

Denn wie man an den verschiedenen Graphiken welche ich eben gezeigt habe erkennen kann, ist die Politik der klassischen Politik gescheitert.

Und ihre Versprechungen, wie einst hier in Eupen der ausgeglichene Haushalt 2015 hohle Worthülsen.

Meine Damen und Herren,

wir können diesem Haushalt nicht zustimmen, denn wir bleiben dem treu was wir vor den Wahlen gesagt haben.

Und die jüngste Umfrage verdeutlicht, dass immer mehr Bürger Vernunft zeigen.

Und nicht mit allem was hier in Eupen von Regierungsseite aus gemacht und gesagt wird zufrieden sind.

Die Mehrheit der Bürger will keine 4. Region.

Die Mehrheit der Bürger will nicht noch mehr Bürokratie.

Die Mehrheit der Bürger will nicht die Fehler der Politiker ausbaden.

Die Mehrheit der Bürger will nicht der Einzige sein, der von Kürzungen betroffen ist.

Die Mehrheit der Bürger will keine hochbezahlten Politiker Pöstchen mit Zusatzrenten.

Ehrlichkeit, Transparenz und Fairness, das wollen die Bürger!

Und das sollten Sie Bedenken -

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit –

Für die VIVANT Fraktion

Plenum 08.12.2014 Michael Balter - Haushalt 2014 allgemein

-Es gilt das gesprochene Wort-

Michael Balter